Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 149. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 30. Juni 1931. | 13. Jahrgang.

Wenn du Gott wolltest Dank für jedes Glück erst sagen,
Du hättest gar nicht Zeit, noch über Not zu klagen.
Rückert.

Kapitalismus und Tributfrage.

Von Dr. Fritz Meier.

Wir streiten uns um die Tributfrage nicht nur mit den Siegermächten von Versailles, sondern auch untereinander. Was würde geschehen, wenn wir eines Tages nicht mehr zahlen brauchten? Würde dann die wirtschaftliche Lage sich bessern oder würde alles beim alten bleiben? Zensor meint in Nr. 142 des „Aufwärts", daß auch die „Millionen, die wir durch Ermäßigung der Reparationslasten einsparen könnten, letzten Endes in die Taschen der Kapitalsbestien wandern werden, so daß wir vielleicht in weiteren 2 Jahren 3500 Millionäre zählen. Armes Volk, glückliche Millionäre!"

In dem Aufsatz von Zensor „Der Rechenfehler" liegt gleichsam der rote Faden, der durch das Ganze hindurchzieht, in dem Gedanken: Wir befinden uns so sehr in den Klauen der „Kapitalsbestien", daß an eine wirtschaftliche Genesung der Völker nicht mehr zu denken ist, ehe jene nicht unschädlich gemacht sind. Ich teile insoweit den Pessimismus Zensors, als ich von Systemänderungen wirtschaftlicher oder politischer Art allein nichts, aber auch rein gar nichts erhoffe. Besser kann es in der Welt nur werden, wenn Ehrfurcht vor Gott, Pflichtgefühl gegen das Volksganze und brüderliche Gesinnung die Menschen erfüllen. In diesem Grundsätzlichen gehe ich ganz mit Zensor zusammen. Aber mir scheint andererseits, daß unsere Urteile über wirtschaftliche Zusammenhänge sich nicht decken. Denn seine Ansicht über die Wirkung des Tributfortfalls halte ich für irrig. Wenn schon nach dem Hooverschen Moratoriumsvorschlag die katastrophal gestürzten Börsenkurse plötzlich ruckweise in die Höhe gingen, so muß man doch schon in einem bloßen Zahlungsaufschub eine Erholungsmöglichkeit unserer Wirtschaft sehen. Da könnte man einwenden, es seien ja wieder mal die Börsenspekulanten, die aus dieser Lage Nutzen zögen, während das Volk nichts davon merke.

Es ist im Rahmen eines Aufsatzes unmöglich, die Kausalzusammenhänge der ganzen Wirtschaft zu untersuchen und namentlich die Rolle, die das Kapital darin spielt. Man kannt die Dinge gar nicht von einem einzigen Gesichtspunkte betrachten, ohne zu schiefen Urteilen zu kommen. Wir wissen ja alle, welche unheilvolle Rolle Kapitalbesitz spielen kann. Er kann den Menschen moralisch verderben, kann ihn zu maßloser Gewinnsucht, zur Ueppigkeit, protzenhaftem persönlichen Luxus usw. verführen. Aber es wäre eine gefährliche Illusion, wenn wir die Auswirkung von Kapitalbesitz ausschließlich in dieser ethisch negativen Rolle suchen würden. Denn wenn er nur Unglück für die Völker und nur Glück für die Millionäre bedeutete, so würde ich keinen Augenblick mehr zögern, zum Bolschewismus überzugehen. Was könnte denn die Völker bestimmen, ihr Glück einer kleinen Zahl von Millionären oder Milliardären aufzuopfern?

Aber die Dinge sehen doch noch etwas anders aus, wenn man von den Einzelpersonen absieht, ganz gleich, ob sie reich oder arm sind, und den Blick auf das wirtschaftliche Ganze richtet. Lassen wir einmal einen Augenblick alle ethischen, sozialen und politischen Erwägungen zurücktreten, um die Dinge rein wirtschaftlich zu sehen. Wir können das nicht auf die Dauer tun, aber doch für einen Augenblick. Die Betrachtung hat den Vorteil, daß das Urteil nicht von subjektiven Gefühlen beeinflußt wird. Wenn wir nur die wirtschaftlichen Zusammenhänge beim Kapital untersuchen, so verfahren wir wie in der Naturwissenschaft, suchen also nach gesetzlichen Zusammenhängen, nicht aber nach ethischen Werten.

Es gibt etwas in der Wirtschaft, das in der Tat einem Naturgesetz vergleichbar ist und daher menschlicher Willkür entzogen bleibt. Die Wirtschaft gleicht einem Organismus, in dem das Kapital dem nährenden Blute gleicht. Die Grundlage ist freilich die Natur, deren Hilfsquellen durch Arbeit und Kapital vermehrt werden. Wir wollen hier nicht den Begriff „Kapital" untersuchen, sondern hier vorwiegend an das Geldkapital denken, das ja in der modernen Wirtschaft eine gewaltige Rolle spielt. Geld bedeutet die Möglichkeit, Güter zu erzeugen und zu kaufen. Es ist Produktiv- und Erwerbskapital. Als Produktivkapital ist es gleichsam unpersönlich, ganz gleich, ob eine Einzelperson, eine Gesellschaft oder der Staat es besitzt. Denn es dient als solches der Gütererzeugung. Nur das Verbrauchskapital ist persönlich.

. Die kapitalistische Entwicklung hängt eng zusammen mit der naturwissenschaftlich-technischen. Die Erfindung der Maschine hat den modernen Kapitalismus hervorgerufen. Eine Wirtschaft, die auf primitiver Stufe stehen bleibt, bedarf des Kapitals nicht, sie ist Naturalwirtschaft. Um aber neue Möglichkeiten zu erschließen, muß Kapital vorhanden sein. Ob man dies nun als „Mehrwert" im Sinne von Karl Marx betrachtet oder als Risikoprämie, das tut hierbei nichts zur Sache. Wenn in Norddeutschland reiche Oellager vorhanden sein sollten, wie man behauptet, so sind diese solange wirtschaftlich tot, bis das nötige Kapital sie erschließt. Woher es kommt, ist für die Sache gleichgültig, in jedem Falle dient es der Produktion. Wesentlich ist für das Kapital, daß es die Erwirtschaftung neuer Werte vermittelt, es zerrinnt, wenn es keinen Gewinn abwirft. Wem dieser zugute kommt, das ist wieder eine andere Frage, die zunächst zurückgestellt werden soll. Aber es wird niemand Kapital einsetzen, der mit seinem Verlust rechnet, solange er nur vom wirtschaftlichen Standpunkte urteilt oder urteilen muß. Hat er es selbst nicht, so kann er es leihen, so lange er hoffen darf, damit einen Ertrag zu erzielen, der die Rückzahlung mit Zinsen ermöglicht. Aus dem berechtigten Gewinnstreben kann unberechtigte Gewinnsucht werden. Das ist die häßliche Kehrseite des Kapitalismus. Aber an dem Gesetz der Rentabilität kann niemand vorbeikommen, vielleicht wohl in einem einzelnen Falle, wenn er noch genügend Reserven hat, nicht auf die Dauer. Der Staat kann es bis zu einem gewissen Grade, weil er nicht Wirtschaftssubjekt ist, aber auch nur so lange, wie die Wirtschaft Ueberschüsse erzielt. Wenn er aber sich selbst zum Wirtschaftssubjekt macht, wie der bolschewistische Staat, so gerät er notwendig auf die Wege des Kapitalismus, d. h. er muß rentabel wirtschaften. Sowjet-Rußland geniert sich keineswegs, die so verhaßten kapitalistischen Staaten anzupumpen. Um rentabel zu wirtschaften, sieht es sich genötigt, die Lebenshaltung des Volkes auf eine grauenerregende Stufe herabzudrücken.

Und nun die „glücklichen Millionäre"! Gewiß sind sie insofern glücklich daran, als sie die Sorge um das tägliche Brot nicht kennen. Aber dazu braucht man kein Millionär zu sein. Es ist häßlich, wenn sie nur an sich denken. Aber tun das nicht zahllose andere auch, bis zu den Proletariern herab? Bei aller häßlichen Selbstsucht, die aber nicht alle zu beherrschen braucht, sind Millionäre trotzdem nicht in der Lage, ganz aus dem Wirtschaftskörper herauszutreten. Sie müssen ihm bis zu einem gewissen Grade dienen, ob sie wollen oder nicht. Denn sie können nur einen Teil ihres Kapitals selbst verzehren. Stecken sie es in ein Unternehmen, so dient es der Produktion, schafft vielen Menschen Arbeit und Verdienst. Legen sie es in Aktien oder als Bankguthaben an, so fließt es von dort in den Kreislauf der Wirtschaft zurück. Es gibt Millionäre, die persönlich sehr einfach leben. Wenn sie aber trotzdem ihr Kapital zu vermehren suchen, so tun sie es, weil Stillstand Rückgang bedeutet. Die Gewinne schaffen neue Produktionsmöglichkeiten.

Das heißt nun nicht, jedes Gewinnstreben rechtfertigen zu wollen. Es gibt auch „Kapitalsbestien", die ihrer kalten Gewinnsucht das Glück zahlloser Menschen opfern. Das ist der Fluch des Kapitalismus. Aber es wäre einseitig und ungerecht, wahllos alle Millionäre für „Kapitalsbestien" zu halten. Selbst diese gleichen in gewissem Sinne dem Geist, der zwar das Böse will und doch das Gute schafft. Es ist besser, wir haben noch Millionäre, als daß sie nur im Ausland säßen. Freilich darf ihre Zahl nicht so groß werden, daß sie die ganze Wirtschaft beherrschen. Das Ideal einer gesunden Wirtschaft ist eine möglichst große Zahl selbständiger Existenzen. Sowohl der übersteigerte Privatkapitalismus wie der einseitige Staatskapitalismus sind vom Uebel.

Nun die Tributfrage. Sollte es wirklich für das deutsche Volk gleichgültig sein, ob seinem Wirtschaftskörper jährlich 2 Milliarden entzogen werden, für die es keinen Gegenwert hat. Man sagt, die gleiche Summe verschöben ja die Kapitalisten ins Ausland. Es ist häßlich, wenn dies aus reiner Selbstsucht geschieht. Aber ein Unterschied ist doch noch zu beachten. Die Tribute sind dem Volksvermögen restlos verloren, während die Auslandsguthaben zwar auf Zeit dem Wirtschaftskörper fehlen, aber so lange noch zum Nationalvermögen gehören, wie sie verfügbar bleiben. Die Tribute wären nur dann tragbar, wenn sie durch Ueberschüsse zu decken wären. Aber es ist doch handgreiflich, wohin es führen muß, wenn wir sie mit unproduktiven Anleihen bezahlen. Zur „ewigen Schuldenlast". Der unerträgliche Steuerdruck ist doch z. T. schuld an der Kapitalflucht, so verwerflich diese an sich sein mag. Gewiß hat Becker recht, daß die Reparationen nicht die einzige Ursache der Weltkrise ist. Dies Problem hängt mit den ungleichen Produktionskosten und der Ueberproduktion einerseits, der mangelnden Kaufkraft andererseits zusammen. Es ist traurig, wenn der deutsche Bauer eine reiche Ernte beinahe fürchten muß, wenn Häuser leer stehen, während Tausende von Menschen nach einer Wohnung jammern. Aber soll man den Bauer verdammen, daß er existieren oder den Hausbesitzer, daß er sein Haus halten will? Wie solche sinnwidrigen Gegensätze auszugleichen sind, ist eine schwierige Frage, die hier nicht näher zu erörtern ist und für deren Beantwortung ich mich nicht berufen fühle. Aber mir ist es keine Frage, daß die Fortsetzung der Tributzahlungen Staat und Wirtschaft bankerott macht. Das Moratorium halte ich für keine Lösung. Denn es ändert die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Tribute für später nicht. Ein Fortfall würde nicht nur den Kapitalisten, sondern direkt oder indirekt weiteren Kreisen zugute kommen. Wir müssen kämpfen, bis wir das Ziel erreichen. Gegen den Mißbrauch von Kapitalbesitz aber gibt es auch wirksame Abwehrmittel, von denen gegebenen Falles energisch Gebrauch zu machen ist. Am Gesetz der Rentabilität können freilich auch die menschenfreundlichsten Ideen nichts ändern, aber das Gewinnstreben läßt sich einschränken durch soziale Gesinnung und die Kapitalmacht durch die staatliche.

Spaniens Schicksalsstunde.

Von E. von Ungern-Sternberg.

Das Wahlfieber hat Spanien erfaßt. Am 14. Juli soll die Nationalversammlung im Escorial zusammentreten, eine neue Verfassung zimmern und über Regierungsform und über die Richtlinien entscheiden, in denen sich das Schicksal des Landes und der Nation entwickeln werde.

Als Philipp II. im Jahre 1557 nach der siegreichen Schlacht bei St. Quentin das Gelübde ablegte, dem Heiligen Laurentius eine Kirche und ein Kloster zu erbauen, hat er es sich sicher nicht träumen lassen, daß vier Jahrhunderte später in diesem stolzesten Bau der Welt, der den Jahrtausenden trotzen sollte, eine republikanische Versammlung tagen und den goldenen Ruhm des spanischen Königszepters, vor dem sich die halbe Welt beugte, begraben werde. Im Escorial ist alles königlich und groß. Wollte man die Gänge des Palastes aneinanderreihen, so würden sie eine Strecke von 132 Kilometern bedecken. Jeder vergängliche Zierrat fehlt, vom Fundament bis zur Kuppel der Kathedrale nur massive Granitsteine; in den labyrinthischen Wandelgängen des klösterlichen Schlosses scheint noch immer der Geist Philipps II. zu spuken.

Den Mittelpunkt des Palastes bildet die Kirche. Dort knien Karl V. und Philipp in überlebensgroßen Figuren vor dem Sakramente. Es gibt dort keine leeren Allegorien, durch die die Herrscher der Erde gern den Schatten ihrer Größen über das Grab hinaus zu verlängern suchen. Hier ist alles Erkenntnis der Vergänglichkeit des Irdischen. Kaiser und Könige knien anbetend zu Füßen des höheren Herrn und geben so über den Tod hinaus das Bekenntnis ab, das stets die Richtschnur ihres Lebens war. Das katholische Weltreich war das Ideal Philipps II., es sollte ein grandioses Bollwerk sein gegen das Andringen der Reformation. Der König glaubte, die Zeit mit eiserner Faust zum Stillstehen zwingen zu können, und deshalb stellte er sich mit ausgebreiteten Armen, wie ein lebendes Kreuz, dem Emporstürmen einer anderen Gedankenwelt entgegen, — und sie ging über ihn hinweg. Er wollte demütig Gott dienen, aber um seine Demut schlug er den Kaisermantel der Macht und erbaute als ihr Wahrzeichen den Escorial.

Durch steinerne Gänge, in denen seltsame Echos flüstern, marmorne Treppen hinab, führt der Weg zur Gruft der Könige und Königinnen von Spanien. Dort sind die Herrscher ganz unter sich, denn selbst die Infanten sind in einem freundlicheren Sondergewölbe untergebracht. Auf einem Scheideweg zwischen den Grüften der Könige und der Infanten kann man durch ein vergittertes Fenster auf einen schöngepflegten Hof mit kurzgekappten, grünen Hecken schauen, in dem Augustinermönche, die im inneren Kloster wohnen, paarweise spazieren gehen. Rings herum ist Frieden und Stille. In weiter Ferne kann man am Abend über Madrid den elektrischen Lichterglanz aufblitzen sehen.

Die Entfernung zwischen der Hauptstadt und dem Escorial beträgt etwa 50 Kilometer, die mit der Eisenbahn in etwa fünf Viertelstunden zurückgelegt wird. Der Weg führt durch eine von der Sonne gelb gebrannte Hochebene, über die Zyklopen gewaltige Steinblöcke gestreut zu haben scheinen. Gleich hinter Fontalba verliert sich der

Zug in dem öden Felsengewirr des Guadarrama und hält nach einigen Windungen vor der kleinen Station des Escorial. Gelbe Riesenomnibusse führen den Besucher zur königlichen Residenz hinauf, die außer dem Luxushotel „Reina Viktoria" nur wenige Unterkunftsmöglichkeiten bietet. Die Regierung dürfte einigermaßen auf Schwierigkeiten stoßen, wenn hier alle Kanzleien der Nationalversammlung und der dazu gehörige Apparat untergebracht werden wird, es sei denn, daß man auch ihnen einen Platz im Palaste selbst anweist, der düster ist und nicht zum Wohnen einlädt.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bietet der Escorial aber zwei Vorteile, die alle Mängel aufwiegen. Er ist kühl. In Madrid herrscht im Juli eine unerträgliche Gluthitze, die lähmend über allen Gehirnen liegt und jede Arbeit unmöglich macht. Noch in der Nacht strömen die Mauern des Cortespalastes in der Carrera de San Jeronymo, in dem sich das Parlament versammelt, die Sonnenhitze zurück, die sie am Tage aufgesogen haben, und schaffen im Sitzungssaale eine Backofentemperatur, die selbst das Atmen beschwert. Der Escorial liegt 1 150 Meter über dem Meeresspiegel, und wenn auch dort die Sonnenglut am Tage drückend ist, so sind doch die Nächte erträglich kühl. Allerdings kommt die Bahnfahrt aus der Hauptstadt dahin, die über eine Stunde dauert; unter den senkrechten Strahlen der Sonne eine Folterqual! Vor allem aber wäre die Nationalversammlung in der Burg Philipps II. vor dem Druck der Straße geschützt; sie könnte besonnener arbeiten als in Madrid. Auch würden vielleicht die ernste Umgebung und die Schatten der Vergangenheit das Verantwortungsgefühl der Abgeordneten steigern und allzu radikale Maßnahmen und Gesetze, die in Spanien zum Chaos führen könnten, verhindern.

Die Nationalversammlung setzt sich aus 400 Abgeordneten zusammen. Das Wahlrecht besitzt jeder Bürger, der das 23. Lebensjahr erreicht hat (in Spanien tritt erst mit 23 Jahren die Volljährigkeit ein). Die ganz grüne Jugend unter den revolutionären Arbeitern und Studenten wird demnach den Urnen fern bleiben müssen, was gewiß der Zusammensetzung des Cortes zugute kommen wird. Vom Frauenwahlrecht wird vorläufig abgesehen; erst die Nationalversammlung wird in dieser Frage eine Entscheidung treffen. Der Verfassungsentwurf, den die Regierung ausgearbeitet hat, lehnt sich im großen und ganzen der Verfassung Frankreichs an. Es ist vielleicht auch nicht bedeutungslos, daß die Eröffnung der Cortes auf den 14. Juli, d. h. auf das Datum des französischen Nationalfeiertages festgesetzt worden ist; eine höfliche Geste des republikanischen Spaniens gegen Frankreich. Sie soll wohl bedeuten, daß sich die spanische Politik enger als bisher dem französischen Kurse anschließen will.

Aber obwohl die Wahlen vor der Tür stehen und bis zur Eröffnung nur wenige Wochen fehlen, so ist doch von einer Klärung der politischen Lage noch nichts zu merken. Im Gegenteil, die Verhältnisse verwirren sich mit jedem Tage mehr. Der revolutionäre Radikalismus der Linken zwingt die gemäßigteren Republikaner in der Regierung dazu, Verordnungen zu unterzeichnen, die das Land in Aufregung versetzen. Schon zeihen die Demagogen auf der Straße den Ministerpräsidenten Alcala Zamorra des Verrates an der Revolution. Zeitungen wie „El Liberal" und „La Libertad" fordern das Volk auf, eine radikale Front gegen die „offizielle" Front der republikanischen Regierung zu bilden. Die aufwieglerische Tätigkeit der Syndikalisten und Kommunisten, die über bedeutende von Moskau gespendeten Mittel zu verfügen scheinen, nimmt bedrohliche Formen an, und bald hier, bald dort flammen blutige Putsche auf.

In Spanien ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, jedenfalls wäre es verfrüht, aus der verhältnismäßig behaglichen Ruhe in Madrid auf ein ebenso friedliches Morgen und übermorgen schließen zu wollen. Zuerst hat der Kirchensturm und die Plünderung der Klöster und Bischofssitze die Idylle der jungen Republik getrübt. Jetzt setzt ein Streit mit dem Klerus und dem Vatikan die katholischen Kreise in begreiflicher Empörung. Unter der Anwendung von Gewalt und unter Polizeibedeckung wurde der Kardinal-Primas von Spanien, Erzbischof von Toledo, Segura, unter der Beschuldigung monarchistischer Propaganda in einem Auto über die französische Grenze abgeschoben. Die Bischöfe Spaniens und Hunderttausende von Katholiken haben der Regierung eine Protestschrift eingereicht, in der sie anführen, daß die geheiligten Rechte, die die kathol. Kirche seit mehr als einem Jahrtausend in Spanien besitzt, nicht ohne Schaden für die Nation verletzt werden dürften. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es jedoch nicht anzunehmen, daß die Denkschrift der Bischöfe den gewünschten Erfolg haben wird; es sind im Gegenteil weitere Unterdrückungen der Kirche zu erwarten.

Die rechtsstehenden und katholischen Kreise hoffen in den Wahlen eine genügende Zahl von Abgeordneten durchzubringen, um dem radikalen Kurse erfolgreich entgegentreten zu können, aber wenn auch der republikanische Taumel der ersten Tage bei den Massen des Volkes einer gewissen Enttäuschung Platz gemacht hat und manche sich wieder im Stillen nach den guten, schönen Tagen unter der Monarchie zurücksehnen, so ist es doch kaum anzunehmen, daß sie diese Stimmung bereits jetzt an den Wahlurnen bekunden werden! Noch ist der Radikalismus Trumpf und der brave Sancho Pansa kann es noch nicht wagen, den republikanischen Eifer Don Quijotes zu zügeln. Vielleicht kommt die Zeit einmal in nicht allzu ferner Zukunft. Die Gegenwart ist verworren genug. Die Regierung kann sich beglückwünschen, wenn es ihr gelingt, die Nationalversammlung ohne allzu schwere Konflikte und Reibungen im Palaste Philipps II. im Escorial zu eröffnen und aufbauende Arbeit zu leisten.

Unser Recht auf Kolonien.

Dr. Schnee über koloniale Aufgaben.

Das Institut für auswärtige Politik in Hamburg kann auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fanden zahlreiche Veranstaltungen statt. Auf einer öffentlichen Kundgebung sprach Gouverneur z. D. Dr. Schnee über Deutschlands Anteil an den kolonialen Aufgaben Europas. Deutschland habe, so führte der Redner etwa aus, in seinem einstigen Kolonialreich von der sechsfachen Ausdehnung Deutschlands die kolonialen Aufgaben Europas in vollem Maße erfüllt.

Die europäischen Aufgaben

gingen dahin, das Anwachsen von gesunden, erwerbstätigen eingeborenen Bevölkerungen zu fördern, die in den großen, für Europäer nicht besiedlungsfähigen Tropenländern noch weitesten Raum zur Vermehrung hätten. Die wirtschaftliche Entwicklung jener Kolonialländer liege ebenso im Interesse der Eingeborenen wie im Interesse Europas.

Die größtenteils überbevölkerten Länder bedürften überseeischer Reservoire von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, aus denen sie ihre eigene nicht ausreichende Produktion unter Bezahlung mit Industrieartikeln ergänzen könnten. Auch in dieser Beziehung müsse Deutschland seinen Anteil haben, denn

der deutsche Bodenraum reiche zur Erhaltung seiner Bevölkerung nicht aus.

Zu den europäischen kolonialen Aufgaben gehöre schließlich auch die Besiedlung dafür geeigneter überseeischer Länder, zu denen beträchtliche Teile **der Deutschland entrissenen** Kolonien, insbesondere Südwestafrika und die Höhengebiete Ostafrikas zu rechnen seien. Es handele sich auch dabei um ein Gesamtinteresse Europas.

Das überbevölkerte Deutschland mit seinen starken jährlichen Geburtenüberschüssen müsse auch hierbei seinen Anteil haben. Geschehen könne dies nur in der Weise, daß Deutschland wieder Kolonialbesitz zur eigenen Verwaltung erhalte, sei es als Mandat oder in sonstiger Form.

Den Höhepunkt der Veranstaltungen

bildete eine Kundgebung in der Kunsthalle am Sonntag. Bürgermeister Dr. Petersen eröffnete die lange Reihe der Begrüßungsredner. An die Ansprachen schloß sich die Verleihung von Ehrenurkunden des Instituts. Zu Ehrenmitgliedern wurden ernannt: der amerikanische Botschafter in Berlin, Frederic M. Sackett, Gouverneur Dr. Schnee und Marqueß of Lothian, Mitglied des englischen Oberhauses.

Die Arbeitskrise der Welt.

Eine Kundgebung des Reichsstädtebundes.

— Mainz, 29. Juni.

In Mainz hielten Gesamtvorstand und Hauptausschuß des Reichsstädtebundes eine Tagung ab. Nach den Eröffnungsreden ergriff Staatsminister a. D. Dr. Drews, Präsident des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, das Wort zu einer Gedenkrede auf den Freiherrn vom Stein.

Dr. Syrup, Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, sprach dann über Probleme der Arbeitslosigkeit. Die Krise, die in der Welt mehr als 20 Millionen und in Deutschland allein 4 Millionen Arbeiter und Angestellte aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschaltet habe, wirke sich in allen Ländern mehr oder weniger stark aus.

Alle anderen Länder könnten auf Reserven zurückgreifen, Deutschland aber, das die Hälfte seines nationalen Vermögens verloren habe, sei diese Möglichkeit verschlossen. Wohl könne und müsse die Reichsbank bei der Vertrauenskrise auf dem Kreditmarkt jeder Gefährdung der Mark entgegenarbeiten, doch würden die nötigen Eingriffe der Reichsbank schließlich zu Lasten des Arbeitsmarktes gehen.

Dann behandelte der Redner die Notverordnung, bei deren Bestimmungen jeder betroffene Kreis in erster Linie seine Opfer, die Belastung anderer Kreise aber wenig würdige. Es könne nicht bestritten werden, daß

das finanzielle Gesamtergebnis der Notverordnung

nicht entbehrt werden könne. Die Arbeitslosen seien von der Notverordnung ungewöhnlich schwer betroffen worden. Die geldliche Unterstützung der Arbeitslosen sei und bleibe ein Notbehelf. Alle Vorschläge zur Milderung der Arbeitslosigkeit, wie Ausschaltung ausländischer Arbeiter und Doppelverdiener, Verkürzung der Arbeitszeit, Antrieb der privaten Wirtschaft durch öffentliche Aufträge usw. müßten nicht nur auf ihre arbeitsmarktpolitische Wirkung, sondern auch auf ihre finanzielle und allgemeinpolitische Bedeutung geprüft werden.

Rumänien-Vertrag unterzeichnet.

— Genf, 29. Juni.

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag, der kürzlich in Berlin abgeschlossen und paraphiert worden ist, ist jetzt von den bevollmächtigten Vertretern Deutschlands und Rumäniens, Ministerialdirektor Dr. Posse und Generalsekretär Popescu, in Genf unterzeichnet worden. Die Unterzeichnung erfolgte in Genf, weil beide Herren nach Abschluß der Verhandlungen zwecks Teilnahme an den Beratungen der Getreidekommission nach Genf weitergereist waren.

— Der Erweiterte Ausschuß des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes sprach sich für die verstärkte Neubildung von Eigenkapital aus.

Brief aus Baden.

Ohne dadurch die immer erstrebte Sachlichkeit zu verlassen, darf abwechslungsweise ein Brief aus Baden einmal etwas persönlich werden: will sagen, einigen bedeutenden Menschenkindern und Persönlichkeiten ein Wort widmen. Der hinter uns liegende Mai brachte nämlich in schönem Zusammentreffen den 60. Geburtstag zweier Freunde, die nicht nur ihrerseits verbunden, sondern auch in gleichem Doppelberuf stehend weit über unser Badisches Land hinaus bekannt sind. Wir meinen die beiden Kirchenräte, die beiden Doktoren und Pfarrer, die beiden Dichter: Otto Frommel und Karl Hesselbacher. Der eine in Heidelberg, der andere in Baden-Baden wirkend. Der eine am 14. Mai, der andere am 29. Mai seinen Ehrentag feiernd.

Nun haben die Blätter bereits über beide Männer geschrieben. Fast überall konnte man Würdigungen ihres Schaffens finden. Und doch entdeckt man immer wieder neue Seiten, je länger man sich mit ihnen befaßt. Das Schönste ist aber dort zu finden, wo die Beiden über einander schreiben und ihre innere Kenntnis ausweiten und an Gleichem und an Verschiedenem nicht achtlos vorüber gehen. Und hiervon durfte man in den vergangenen Tagen auch dies und das lesen.

Davon abgesehen ist es aber für uns schwer, über die beiden Dichter und Pfarrer zu schreiben. Zu leicht gerät man aus dem versuchten und doch unmöglichen Abstand in eine „schlechthinnige Abhängigkeit." Es strömen zu viel persönliche Erinnerungen mit diesem Namen in das Herz und dann ist es vorbei mit der Sachlichkeit. Man denkt der Stunden und dankt für diese, meist dann für solche, die möglicherweise den Beiden nicht mehr gewärtig sind und die im Herzen der Beglückten noch immer weiterwirken. Und das schon beim ersten Verkehr, dann zu Füßen des mehr erhaben predigenden Frommel oder des in feuriger Begeisterung ans Herz greifenden Hesselbacher. Auch was die Genannten schrieben und dichteten, hat so lange und so reichlich Wirkung getan, daß eben auch da eine richtige sachliche Würdigung wahrlich nicht leicht ausfällt. Was kanns auch — wie es vielfach geschah, — schließlich besagen, Frommel als den mehr aristokratischen und persönlicheren, Hesselbacher als den im besten Sinne aus dem Volk und für das Volk schreibenden Dichter und Erzähler zu bezeichnen! Die Linien gehen ja nicht nur in einander über, sondern der sogenannte Volksschriftsteller hat auch seinerseits sich nie ganz an das Volk ausgegeben, hat vielmehr einen Bereich seiner selbst aufbewahrt und hat durchaus nicht einfach das im Volksleben Geschaute nun photographisch wiedergegeben. Jeder wahre Dichter läßt das Leben durch seine eigene Seele hindurchgehen und hindurchklingen und den erlebten Stoff geläutert und erst zu rechtem Leben gestaltet wieder ans Licht treten! — Genug der Würdigung! Wir grüßen die beiden noch post festum auch an dieser Stätte und danken ihnen und dem, der ihnen so viel zum Weitergeben gab. —

Kurz vor seinem Ehrentag mußte, wie das der Beruf des Pfarrers erheischt, Otto Frommel an die Bahre eines Mannes treten, der ähnlich wie er, als Theologe bedeutend und in der ganzen Welt bekannt, doch nicht nur für seine Wissenschaft und seinen eigentlichen Beruf, sondern für das Leben schlechthin aufgeschlossen war, der sein Wissen und Können, nicht zuletzt auch seinen deutschen Willen weitesten Kreisen zur Verfügung gestellt hatte, rastlos schaffend, bis zuletzt auch ihm im 73. Lebensjahre die nimmermüde Feder aus der Hand nahm. Wir meinen den Geheimrat Professor D. Dr. Hans von Schubert in Heidelberg. Auch über ihn kann man nur schwer schreiben, ohne nicht im Geiste noch immer seine mild strahlende Art aus seinen blauen Augen leuchten zu sehen und seine Stimme zu hören, womit er Hunderte und aber Hunderte hinführte in die Vergangenheit unserer Kirche oder in die Kraftschächte unseres Deutschen Vaterlandes. Denn in Hans von Schubert war beides unzertrennlich verflochten. Wie Luther, dem samt seiner Zeit Schuberts ganzes Forschen gehörte, so fühlte sich der Gelehrte als ein rechter Volksmann zu seinen lieben Deutschen gerufen. Wer Schubert kennen lernen wollte, der mußte ihn auf dem Katheder hören, der mußte ihn aber nicht minder auch unterm Katheder sehen und hören, auch in vertrautem Kreise, wo er seine warme Seele ausströmen ließ, der mußte nicht zuletzt auch zu seinen Werken greifen, in denen ein stiller Seher das oft prophetisch Geschaute mit sicherem Stifte festhielt. Mit ihm hat die deutsche Wissenschaft, hat unsere Kirche, hat unser Vaterland einen der Besten verloren. Das war der geheime Klang aus all den ehrenden Worten, die in den vergangenen Maientagen an Hans von Schuberts Bahre erklangen.

Einen weiteren Verlust erlitt unsere Heidelberger Wissenschaft durch den unerwarteten Heimgang einer seltenen Frau, der Dr. Luise Klebs. Sie war zunächst die verständnisvolle Gattin eines gelehrten Botanikers, stand einem weitgeöffneten Hause vor, in dem aber nicht nur kunstsinnige und gelehrte Gäste ein- und ausgingen, sondern jeweils um die Weihnachtszeit auch fröhliche Kinderscharen. Und diese mitten im brandenden Leben stehende Frau hat sich als eigenste Betätigung das alte Aegypten und die Durchforschung seiner Geschichte erkürt, nachdem sie vorher kunstgeschichtliche Arbeiten hinter sich hatte. In jahrzehntelangem Fleiß sind nun in drei umfassenden Bänden wahre Schätze niedergelegt, auch für den Nichtfachmann lesbar und lesenswert. In den Kriegsjahren konnte man ihr die Verwaltung des ägyptologischen Instituts ehrenamtlich anvertrauen; diese Arbeit hielt die Frau auch aufrecht, als ihr Mann und bald hernach auch ihre beiden Söhne von ihr gerissen wurden.

Noch eines Toten müssen wir gedenken. Es ist dies Kirchenrat Otto Ludwig Seitz, der Dekan des Freiburger Kirchenbezirks, ein naher Verwandter unseres Herrn Kirchenpräsidenten D. Wurth. Unerwartet wurde auch er aus dem Leben gerufen, und aus der Kirche, der er in reicher Weise hat dienen dürfen. Nicht nur seine Wolfenweiler Gemeinde, auch die Landessynode, der er seit langen Jahren angehörte, hat viel an ihm verloren. Sie war samt dem Oberkirchenrat an seinem Grabe vertreten. Der Kirchenpräsident hielt die Beerdigungsfeier ab. Eine traurige Pflicht für ihn, der von seinen 40 Jahren, die er nun selber schon in dem Dienste der Kirche amtet, weitaus die meisten an der Seite und in inniger Gemeinschaft mit Kirchenrat Seitz hat stehen und gehen dürfen.

In dieser Stunde geziemt es sich darum auch nicht, allzu ausführlich des neusten Ereignisses in unserer Kirche zu gedenken, worauf freilich seit Monaten wahrlich nicht nur wir in Baden, sondern auch die politischen Kreise

Unannehmbar!

Im Kampf um die französischen Bedingungen.

Paris, 28. Juni. Die französisch-amerikanischen Verhandlungen werden in ihrem ganzen Umfange erst am Montag wieder aufgenommen. Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand, die die ganze Nacht zum Sonnabend in der Kammer zugebracht hatten, zeigten sich am Sonnabend abend so ermüdet, daß sie es vorzogen, den Sonntag über auf ihren Sommersitzen auszuruhen. Schatzkanzler Mellon nahm die Gelegenheit wahr, um Hoover telefonisch über die erste amtliche Besprechung zu unterrichten.

Bisher haben sich zwischen der amerikanischen und der französischen Auffassung drei Hauptpunkte herausgeschält, über die noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Amerika wünscht einmal, daß der gesamte Betrag des ungeschützten Teiles der Tribute lediglich Deutschland — und zwar zinslos — wieder zur Verfügung gestellt wird, während Frankreich auch die kleinen mitteleuropäischen Staaten daran teilhaben lassen will. Die französische Regierung wünscht außerdem, daß die BIZ. die Garantie für die Anleihe übernimmt, die sie mit dem ungeschützten Teil der Tribute an Deutschland eröffnet. Wie in amerikanischen Kreisen verlautet, soll sich Mellon jedoch nachdrücklichst dagegen gewehrt haben. Schließlich steht die französische Regierung noch auf dem Standpunkt, daß es unmöglich sei, Deutschland so weitgehende finanzielle Erleichterungen zu gewähren, ohne dafür sehr ernste politische und wirtschaftliche Garantien zu erhalten. Es liegt in der Absicht Frankreichs, eine genaue Kontrolle über die Anwendung der freiwerdenden Tributgelder auszuüben. Unter diesem Gesichtswinkel ist auch die Unterredung des deutschen Botschafters mit Laval, Briand und Flandin zu betrachten. Laval verlangte von der Reichsregierung ganz bestimmte Garantien über ihre friedlichen Absichten und ihren ehrlichen Wunsch einer Zusammenarbeit. Er soll bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen haben, daß sich Deutschland verpflichten müsse, auf die Durchführung der Zollunion mit Oesterreich zu verzichten. Ferner verlangte er die Versicherung, daß weder die Reichsmarine noch das Reichsheer in irgend einer Weise etwas von den freiwerdenden Geldern erhalte.

Was den Besuch des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius anlangt, so ist man in hiesigen politischen Kreisen der Auffassung, daß eine Zusammenkunft mit den französischen Ministern nicht vor Ende Juli stattfinden werde. Laval soll den deutschen Botschafter darauf hingewiesen haben, daß noch gewisse Präliminarien zu regeln seien, bevor ein nutzbringender Meinungsaustausch ratsam erscheine.

Am Sonntagmittag war der amerikanische Schatzkanzler Gast des französischen Ministers Flandin. An dem Frühstück nahmen außerdem der amerikanische Botschafter, der Gouverneur und der Untergouverneur der Bank von Frankreich, der Gouverneur der Bank von Paris und eine große Reihe leitender Beamter des Finanzministeriums teil. Neben den rein technischen Fragen wurde insbesondere die Finanz- und Wirtschaftslage Frankreichs erörtert. Die offiziellen Verhandlungen werden am Montagmorgen wieder beginnen.

•

Amerika gegen eine Dreimächtekonferenz.

— **Neuyork,** 29. Juni. Wie aus Washington berichtet wird, erklärte der stellvertretende Staatssekretär Mills, daß die Vereinigten Staaten gegen eine Dreimächte-Konferenz, Amerika, Deutschland und Frankreich, zur Besprechung der Moratoriumsfrage seien. Amerika lasse sich nicht in eine derartige Konferenz hineinmanövrieren. Deutschland verharrt auf demselben Standpunkt.

Reichsregierung wartet ab.

Wie verlautet, fand in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Chefbesprechung statt, in der die außenpolitische Situation durchgesprochen wurde, die durch die französische Antwort an Amerika gegeben ist. Mit Rücksicht auf die Besprechungen Mellons mit Laval, wahrte man auch nach dieser Chefbesprechung Zurückhaltung, um zunächst den Abschluß der französisch-amerikanischen Erörterungen abzuwarten.

Aus Washington liegt eine Meldung vor, die erneut die einheitliche Haltung Amerikas bestätigt. Nunmehr hat nämlich auch Senator Harrison, einer der gefürchtetsten Gegner der Partei Hoovers, öffentlich für die Durchführung der Hoover-Maßnahmen Stellung genommen. Senator Harrisson schilderte in beredten Worten Deutschlands Not sowie die Gefahren eines deutschen Zusammenbruchs für die Gläubiger-Länder und appellierte dabei an Frankreich, nicht abseits zu stehen.

Hoovers Vorschlag sei so eindeutig und überzeugend, daß eine Ablehnung in Amerika nicht verstanden werden würde. Den amerikanischen Farmern gegenüber betonte er, daß schon durch Hoovers Proklamation allein die Preise der Farmprodukte gewaltig gestiegen seien, und die Weizenfarmer um 30, die Baumwollpflanzer um 50 Dollarmillionen reicher geworden seien. Es sei nicht die Zeit für parteipolitische Bedenken oder nationalen Egoismus, sondern die Annahme von Hoovers Vorschlag liege in aller Interesse.

Die amerikanische Handelskammer faßte eine Entschließung, in der es heißt: „Wir begrüßen Hoovers Führerschaft und hoffen, daß keine nationalistischen Ideen den Erfolg seines Schrittes behindern, von dem Farmer, Arbeiter und alle Erwerbstätigen in der Welt großen Nutzen haben werden."

Was Laval Brüning sagen will.

Eine Erklärung des französischen Ministerpräsidenten.

Anläßlich der Kammeraussprache über die Stellungnahme zum Hooverschen Vorschlag gab der französische Ministerpräsident Laval auch eine Erklärung über die geplante deutsch-französische Aussprache ab. Er führte aus, Briand habe dem deutschen Botschafter von Hoesch gesagt, die französische Regierung bittet den Reichskanzler und den Minister des Auswärtigen, so schnell wie möglich nach Paris zu kommen. Was er Dr. Brüning zu eröffnen gedenke, könne er der Kammer heute schon sagen. Die „heiligen Rechte Frankreichs" würden verteidigt werden. 1926, wo Frankreichs Lage kritischer gewesen sei als die Deutschlands heute, habe sich Frankreich aus eigener Kraft aus dem Elend erhoben. Wenn heute Deutschland schwierige Tage durchlebe, werde es in Frankreich „unter gewissen Bedingungen" die notwendige Unterstützung finden. Solle aber die Politik der europäischen Zusammenarbeit eine günstige Entwicklung nehmen, dann müsse die gegenwärtig über Deutschland lagernde dunkle Atmosphäre verschwinden. Zwischen der Stahlhelmkundgebung in Breslau und den gegenwärtigen Forderungen, meinte Laval dann weiter, bestehe ein Gegensatz. Im übrigen sei Frankreich entschlossen, Deutschland unter der Bedingung zu Hilfe zu kommen, daß die eingesparten Beträge nicht zu Rüstungen Verwendung finden.

Frankreichs Sabotage.

„Die französische Furcht ist die Hoffnung jeden guten Europäers."

— Berlin, 27. Juni.

In nahezu sechzehnstündiger Sitzung verhandelte die französische Kammer über die endgültige Stellungnahme Frankreichs zu dem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten, für die Dauer eines Jahres alle Tribut- und Kriegsschuldenzahlungen auszusetzen. Das Ergebnis der Auseinandersetzungen, die zeitweise einen dramatischen Charakter angenommen hatten, war die Billigung der ersten Antwort an Hoover mit 386 gegen 189 Stimmen, erteilt in der Voraussetzung, daß die französische Regierung auch fernerhin „die Unantastbarkeit der im Haag von sämtlichen Signatarmächten des Youngplans angenommenen ungeschützten Annuitäten sowie die Notwendigkeit einer Politik des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sichern wird."

Wie das gedacht ist, erläutern die Vorbehalte der französischen Note selbst. Wenn die Ablehnung dieses Gegenvorschlags, dem auch nicht ein Funke des Geistes eigen ist, der Hoover zu seinem Schritt veranlaßt hat, den Amerikanern selbst überlassen werden muß, so kann deutscherseits doch soviel gesagt werden, daß Maßnahmen, wie sie Frankreich im Auge hatte, jede Zusammenarbeit unmöglich machen müßten!

Präsident Hoover will Deutschland für die Dauer eines Jahres von allen Tributzahlungen befreien, nicht um unserer schönen Augen willen, wohl aber in Wahrung der Interessen seines Landes, die in diesem Falle mit denen der ganzen Welt parallel laufen und die Beseitigung eine der wesentlichsten Ursachen der Wirtschaftsnot und des geistigen Unbehagens erheischen. Frankreich dagegen will Deutschland auch im Schuldenfreijahr Tributzahlungen mindestens in Höhe einer halben Milliarde aufzwingen, um diese Gelder dann teilweise Deutschland, „vor allem" aber seinen „notleidend" werdenden Kriegsverbündeten in Südosteuropa wieder zur Verfügung zu stellen.

Noch mehr weicht Frankreich aber dadurch von der Grundlinie der amerikanischen Botschaft ab, daß es Deutschland Garantien für die Wiedereinsetzung des Young-Systems nach Ablauf des Schuldenfreijahres zumutet und eine Kontrolle vorschlägt, durch die die wirtschaftliche Verwendung der von Deutschland eingesparten Beträge sichergestellt werden soll. Eine auch nur entfernte Berücksichtigung derartiger Gedankengänge müßte die Not in Europa verewigen und die nationalen Gegensätze bis zur Siedehitze verschärfen. Schließlich ist der Youngplan nicht an unserem bösen Willen gescheitert, sondern daran, daß seine Väter die Leistungsfähigkeit Deutschlands und die Möglichkeit, von einem Lande etwas zu nehmen, ohne Gegenleistungen zu bringen, überschätzt und dazu die wahrscheinliche Wirtschaftsentwicklung völlig falsch beurteilt haben. Wenn Deutschland diesen Irrtum mit neuen Kontrollen bezahlen sollte, dann wäre das ein Spiel mit dem deutschen Volk, vor dem uns graut.

Und darum ist es schon ein Uebel, daß Frankreich derartige Abänderungsvorschläge überhaupt zur Diskussion gestellt hat. Freilich hat dieser Sabotageversuch auf der anderen Seite auch eine einmütige Weltstellungnahme gegen Frankreich herbeigeführt. So schreibt z. B. die englische politische Wochenschrift „New Statesman and Nation": „Die Furcht, die der französischen Haltung zugrunde liegt, ist die, der „Verbrecher" werde nach zwölf Monaten der Freiheit sich nicht leicht wieder in Ketten legen lassen, und der Plan Hoovers könnte ein Vorspiel zur drastischen Revision der Reparationen werden. Die französische Furcht ist die Hoffnung jedes guten Europäers! Die Krankheit verlangt die Entfernung des Geschwürs, das Deutschland und Europa quält. Wir glauben nicht, ebenso wenig wie Hoover selbst, daß die Hinausschiebung der Schulden ein Problem lösen wird. Je größer die Erfolge des Moratoriums sind, um so weniger wird man geneigt sein, es nach zwölf Monaten aufzuheben. Die Politik, Deutschland zu zermalmen, ist ein voller Fehlschlag, der niemand Nutzen gebracht hat. Wenn Frankreich das Angebot Hoovers zurückweist oder darauf besteht, es herunterzudrücken, wird Europa und mit ihm Frankreich zum Teufel gehen."

Ueber die Frage, ob Frankreich das Angebot Hoovers zurückweisen will, unterhielten sich nach der Kammersitzung die zuständigen französischen Minister mit Schatzsekretär Mellon und dem amerikanischen Botschafter Edge. Soweit Regiekünste Frankreichs Position in dieser Aussprache stärken konnten, hat Paris sein möglichstes getan. Einmütig erklärten sich alle Fraktionen der Kammer für die „Heilighaltung" unheiliger Verträge und einer der führendsten Männer der linksstehenden gegen die Regierung aufmarschierten Partei der Radikalen, Herriot, hat sich sogar zu der Erklärung verstiegen, Hoovers Plan vernichte die Grundsätze eines Kontrakts. Trotzdem ist die Stellung Frankreichs denkbar ungünstig! Sämtliche Mächte haben schnell und vorbehaltlos — wie es Hoover gewünscht hat —, dem amerikanischen Plan zugestimmt, und nur das reiche und satte Frankreich trieb abwartend ein Spiel, mit dem es sich die — unverdiente — Weltsympathie verscherzen muß. Scheitert aber die amerikanische Aktion, dann folgt automatisch die Erklärung des deutschen Transfermoratoriums und alsdann müßte Frankreich sich an Washington mit der Bitte wenden, auch ihm einen Zahlungsaufschub zu gewähren.

Und diese Konsequenz ermöglicht der Welt, dem Endkampf mit ruhigen Nerven zuzusehen.

Mellon in Paris.

Die ersten Verhandlungen mit Laval.

Die französisch-amerikanischen Besprechungen im französischen Innenministerium haben begonnen, wo der amerikanische Schatzsekretär Mellon und der amerikanische Botschafter Edge vom Ministerpräsidenten Laval, von Außenminister Briand, von Finanzminister Flandin und dem gerade von den Sitzungen des Getreidekomitees aus Genf zurückgekehrten Unterstaatssekretär für wirtschaftliche Fragen, Francois Poncet, erwartet wurden.

Die Verhandlungen über den Vorschlag Hoovers und über die französische Antwort dauerten etwa drei Stunden. Eine neue Zusammenkunft wird wahrscheinlich am Montag stattfinden. Am Schlusse der Besprechung hat Ministerpräsident Laval den deutschen Botschafter von Hoesch empfangen.

In der Pressekonferenz in Washington deutete Unterstaatssekretär Castle an, daß man erwarte, Anfang dieser Woche zu einer Einigung mit Frankreich zu kommen.

---

ganz Deutschlands schauten: des Falles Eckert. Nunmehr ist auch er entschieden. Am 12. und 13. Juni fand die entscheidende Verhandlung vor dem Dienstgericht des Evangelischen Oberkirchenrats statt. Den Vorsitz führte der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, als weitere Richter waren dabei zwei Staatsanwälte, der Prälat der Landeskirche D. Kühlewein, ein juristischer Oberkirchenrat (Dr. Doerr) und vier Pfarrer, je einer aus den bestehenden kirchenpolitischen Parteien. Als Verteidiger wirkten Rechtsanwalt Dr. Dietz und Landesjugendpfarrer Kappes. Die Anklage lautet auf Mißachtung der vom Oberkirchenrat gegen Eckert ausgesprochenen Anordnungen. Das Urteil hatte folgenden Wortlaut: Pfarrer Eckert ist des Dienstvergehens für schuldig erkannt und zur Dienststrafe der Zurückversetzung im Dienstalter um 6 Jahre verurteilt und hat die Kosten zu tragen." — Mehr sei heute nicht gesagt. Wir müssen vielleicht später noch ein Wort sprechen, zumal wir in Baden eine neue Stärkung der nationalsozialistischen Pfarrer soeben erlebten: Pfarrer und Reichstagsabgeordneter Teutsch verließ soeben seine Volksdienstfraktion um zu Hitler hinüberzuwechseln. Dies unter heftigstem Einspruch des seinerzeit von ihm gegründeten Volksdienstes in Baden, der von Teutsch aufs nachdrücklichste nunmehr die Aufgabe seines Reichstagssitzes fordert.

Im übrigen dürfen aber derlei Vorkommnisse und was sich sonst an Unliebsamem in der Kirche ereignen mag, nicht als Zersetzungserscheinungen unserer Kirche angesehen werden. Wer heute nach Blüten, als Gesundheitszeichen unserer Kirche umsehen will, darf mit besonderem Nachdruck auf das neuerrichtete Kirchenmusikalische Institut in Heidelberg hingewiesen werden, das seitens der Landeskirche errichtet wurde, unter Professor Dr. Poppens Leitung steht, erste Kräfte als Lehrer hat und dem Zweck dient, ein durchgebildetes und hochstehendes Geschlecht von Organisten und andern kirchlichen Musikern heranzubilden.

Gewiß fehlte es nicht schon jetzt an solchen. Der soeben verstorbene Pforzheimer Kirchenmusikdirektor Albert Fauth sei nur namentlich erwähnt und man weiß, was allein er schon — und mit ihm hin und her im Lande manch ein anderer — zur Hebung des Kirchengesangs, zur Wiedererweckung altkirchlicher und altevangelischer Musik weit über seinen Wirkungsort hinaus geleistet hat. Aber gerade, wenn diese schon jetzt bewährten treuen Kräfte heimgehen, muß für Nachwuchs gesorgt werden. Das ist also die Aufgabe des neuen Unternehmens unserer Kirche.

Dabei hatten wir nicht das Glück, einen amerikanischen Zahler zu finden, wie dies unter Führung des ehemaligen Botschafters Dr. h. c. Jakob Shurman die Heidelberger Universität nunmehr genießen durfte. Sie hat in diesen Tagen in der schönsten Weise die „neue Universität" in Gebrauch genommen und sie „dem lebendigen Geiste" geweiht. Was dabei aus den Reden herausklang, war wahrlich mehr als bloße Worte. War Ausdruck dieses lebendigen Geistes, dem die Stätte zu dienen berufen ist. Und daß man den Amerikanern gegenüber den Takt besaß, die Feier nicht mit einem großen Studentenkommers aufzuziehen, sei immerhin anerkannt, ohne freilich damit alle diesbezüglichen Wünsche als befriedigt erklären zu wollen. Unvergeßlich mußte den Teilnehmern die warme aufrichtige Liebe dieser Amerikaner zu ihrem alten Vaterland bleiben oder zu den Stätten ihrer Jugendzeit. Der Beifallssturm wollte nicht enden, wenn Shurman immer von neuem von seiner nie abzutragenden Dankbarkeit an Heidelberg sprach, wenn Oberländer, ein anderer Stifter, bekannt geben ließ, eine neue Stiftung von ihm werde in den bevorstehenden drei Jahrzehnten dazu dienen, Amerikanern ein Studium in Deutschland zu ermöglichen und die Bande zwischen Deutschland und Amerika weiter und fester zu knüpfen. Ach, daß ganz Amerika so dächte! —

Noch aber sei hervorgehoben und klingt es auch wie ein Märchen: Der ganze Neubau ermöglichte dem Baukünstler Prof. Dr. Gruber in Danzig, früher in Karlsruhe, ein Zurückbleiben der Kosten hinter dem Voranschlag um 300 000 Reichsmark. Dadurch ist es möglich geworden, die Südseite und die Südwestecke des Geländes in gleicher Weise für die Universität nutzbar zu machen. Und noch ein Letztes: Wir ehemaligen Heidelberger Studenten werden durch eine bereits angefangene Sammlung aufgefordert, der „neuen Universität" eine Orgel zu stiften. Das wollen wir uns denn nicht erst zweimal sagen lassen!

G.

Als Grundlage der Einigung

bezeichnete Castle den Vorschlag Hoovers, „Deutschland für den Zeitraum von einem Jahre tatsächlich von allen Lasten zu befreien". Der Unterstaatssekretär begrüßte den Verlauf der Abstimmung in der französischen Kammer, da dieser Veranlassung zu einer sehr optimistischen Beurteilung der Lage gebe. Auf Grund der Abstimmung, erklärte der Unterstaatssekretär, wisse die Welt jetzt, daß die französische Regierung in ihren Bemühungen um eine Erleichterung der Lage Deutschlands von der überwältigenden Mehrheit des französischen Parlaments gestützt werde. Das Parlament habe der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, diese also nicht in ihrer Absicht desavouiert, Deutschland entgegenzukommen, wie man in verschiedenen Kreisen befürchtet habe. Diese Gewißheit, schloß Castle, erleichtere die Verhandlungen zwischen der amerikanischen und der französischen Regierung außerordentlich.

•

Belgien macht Vorbehalte.

Das Brüsseler „Vingtième Siècle" will wissen, daß die Antwort Belgiens auf Hoovers Vorschlag, die am Montag vom Ministerrat beschlossen wird, zum Ausdruck bringen wird, daß Belgien dem edlen Gedanken, der Hoovers Initiative zugrunde lag, huldige. Sie wird aber auch Vorbehalte hinsichtlich der Sonderstellung Belgiens in der Reparationsfrage enthalten.

•

Mellon einverstanden?

Eine unwahrscheinliche englische Pressenachricht.

— **London,** 29. Juni. Zu den Verhandlungen Mellons in Paris meldet der Pariser Korrespondent des „Observer" auf Grund besonderer Unterrichtung, daß die Amerikaner keine Einwendungen gegen das Grundsätzliche der französischen Antwort hätten (?), vorausgesetzt, daß ein Einvernehmen mit den Deutschen erzielt werden könne. Mellon habe dies den französischen Ministern klar zu verstehen gegeben und hierauf sei die Aufforderung an den deutschen Botschafter ergangen, im Innenministerium einen Besuch abzustatten und eine deutsche Stellungnahme, möglichst bis zum Montag, zu übermitteln. (Der Pariser Korrespondent scheint bei dieser Meldung — die in ausgesprochenem Gegensatz zu allen anderen Nachrichten steht — gewissen nicht ganz selbstlosen französischen Einflüssen unterlegen zu sein. D. Red.).

Für äußerste Sparsamkeit.

Kanzlerrede auf dem Bankiertag. — Hoovers Eingreifen eine weltgeschichtliche Tat.

— Berlin, 29. Juni.

Im Plenarsaal des ehemaligen Preußischen Herrenhauses versammelten sich die Mitglieder des erweiterten Ausschusses des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes zu ihrer diesjährigen Jahrestagung. Den Vorsitz führte der neue Präsident des Verbandes, Dr. Georg Solmssen. Den Verhandlungen wohnten auch der Kanzler, die preußischen Minister Dr. Schreiber und Steiger, mehrere Gesandte der Länder und führende Parlamentarier bei.

Reichskanzler Dr. Brüning entbot den Bankiers den Gruß der Regierungen und dankte dann für die Vertrauenskundgebungen, die der Reichsregierung trotz ihrer unpopulären Maßnahmen dargebracht worden seien. Die Reichsregierung bedürfe dieses Vertrauens angesichts der zu lösenden großen Aufgaben in Zukunft mehr denn je. Dr. Brüning fuhr dann fort: „Niemand wird sich der Erkenntnis entziehen können, daß wir in den letzten Wochen in ungeheuren Gefahren geschwebt haben, weil wegen der außerordentlichen Kapitalknappheit in Deutschland der starke Abzug von Auslandsgeld sich zu einer besonderen Gefahr entwickelte.

Das Eingreifen des Präsidenten der Vereinigten Staaten war eine weltgeschichtliche Tat. In tiefer Depression erhofft die Wirtschaft aller Kulturstaaten von ihr den Anstoß zu neuer Belebung. Der Vorschlag ist auch das offene Bekenntnis zur Solidarität der Wirtschaft. Wohl nie wird dagegen der Irrtum aufkommen können, daß die Bedrükkung und Not eines großen Landes und seiner schaffenden und verbrauchenden Bevölkerung anderen Ländern in Wahrheit und auf lange Sicht zum Vorteil gereichen könne. Der Vorschlag des Präsidenten Hoover bedeutet schließlich auch die erfreuliche Kundgebung des Vertrauens, daß Deutschland von den Erleichterungen, die ihm gewährt werden sollen, den richtigen Gebrauch machen wird.

Dieses Vertrauen der Welt ist notwendig, weil nur dadurch der Umschwung in der öffentlichen Meinung jenseits der Grenzen zur vollen Auswirkung kommen kann. Für uns in Deutschland ist es von entscheidender Bedeutung, von den in Aussicht stehenden Erleichterungen den absolut richtigen Gebrauch zu machen und diese Erleichterungen dazu zu benutzen, um zu einer inneren Erstarkung unserer Wirtschaft zu kommen.

An der Spitze aber muß eine gesunde und sichere Finanzpolitik der öffentlichen Körperschaften stehen. So sollen und müssen auch die in der Notverordnung getroffenen Maßnahmen verstanden werden. Wir wissen selbst, daß Härten in der Notverordnung enthalten sind. Aber wie der Reichsarbeitsminister kürzlich ausgeführt hat, ist eine gesunde Sozialpolitik nur möglich auf dem sicheren Boden stabiler wirtschaftlicher und finanzieller Bedingungen. Solange das Ausland durch Abzug kurzfristiger Gelder jederzeit die deutsche öffentliche und private Finanzwirtschaft auf das schwerste gefährden kann, entbehren auch alle sozialpolitischen Maßnahmen der notwendigen Sicherheit.

Aeußerste Sparsamkeit wird die oberste Richtschnur für die öffentliche und private Wirtschaft bleiben müssen.

Die einfache Formel, die Produktivität unserer Wirtschaft nur durch Lohnsenkung zu heben, bringt keine Rettung. Die Konsumkraft der Bevölkerung würde bei einem solchen Schrumpfungsprozeß immer weiter sinken und die Produktion aufs schwerste schädigen, wenn nicht gleichzeitig von der Wirtschaft her und namentlich auch vom Bank- und Bankiergewerbe spontan durch Inangriffnahme großer und wichtiger Aufgaben geholfen wird.

Täuscht nicht alles, so stehen wir in einer Zeit, in der es um das bisherige System der Wirtschaft vor schweren und dauernden Erschütterungen zu bewahren, notwendig ist, eine großzügigere und weitherzigere Auffassung von der Idee des Kapitals herbeizuführen. Die wirtschaftliche und seelische Not der Zeit und der Welt beruhen zum großen Teil auf Ueberspannungen und einem nicht überall restlos empfundenen tiefsten Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden Führers für die Gesamtheit"

Rücktritt des bulgarischen Kabinetts.

— Sofia, 29. Juni. Ministerpräsident Liaptscheff ist mit seinem gesamten Kabinett zurückgetreten. Der König berief darauf den Führer der Opposition, Malinoff, zu sich, um mit ihm zu beraten.

•

Malinoff

mit der Bildung des bulgarischen Kabinetts beauftragt.

— **Sofia,** 28. Juni. Der König hat am Sonntag nachmittag den Führer des Oppositionsblockes, Malinoff, mit der Kabinettsbildung beauftragt. Kurz davor hatte König Boris den Ministerpräsidenten Liaptscheff in zweistündiger Audienz empfangen, der ihm den Rücktritt des Gesamtkabinetts offiziell überbracht. Der mit der Regierungsbildung beauftragte Malinoff wurde beim Verlassen des königlichen Schlosses von einer großen Menschenmenge mit Jubel empfangen. Er erklärte, daß er bereits am Montag dem König die Liste seines Kabinetts vorlegen werde.

Neue Grenzverletzung im Osten.

Sichtung eines polnischen Militärfliegers über Johannisburg.

Wie aus Ostpreußen gemeldet wird, erschien über Johannisburg aus der Richtung der Landesgrenze (Pogobien) ein Doppeldecker, auf dem deutlich das Zeichen Z 52 und die rotweißen Vierecke, die Abzeichen der polnischen Militärflieger, erkennbar waren. Das Flugzeug überflog in einer Höhe, die auf etwa 200 Meter geschätzt wurde, die Stadt, machte dann einen Bogen, flog dann über den Bahnhof und entfernte sich in der Richtung auf Arys.

Verschiedenes.

Die Jugendhochschule auf dem Hainstein (Eisenach) wird Mitte Oktober ihren 6. Winterlehrgang eröffnen. Wieder sollen in dem wunderschön der Wartburg gegenüber gelegenen Hause Jungens (im Alter von 18 bis 25 Jahren), vor allen Dingen junge Arbeiter, die Gelegenheit haben, in gemeinsamen Leben und Arbeiten die brennenden Fragen unserer Tage, die gerade die werktätige Jugend bewegen, zu durchdenken und mit Ernst der Frage nachzugehen, was uns die Botschaft des Neuen Testaments zu sagen hat. Junge Leute aus christlichen Vereinen oder Bünden, denen es ein ernstes Anliegen ist, diese Fragen gründlich zu durchdenken, um ihren Kameraden besser dienen zu können, und junge Leute aus anderen Lagern, denen es innere Notwendigkeit geworden ist, das Evangelium wirklich kennen zu lernen — das sind die Leute, die wir rufen. Daß solche Zusammenarbeit von allen parteipolitischen Nebenzwecken frei sein muß, ist selbstverständlich. Der Lehrgang dauert bis Ende März. Drucksachen, die alles Nähere mitteilen, stehen gern zur Verfügung. Anfragen sind zu richten an D. Paul Le Seur, Haus Hainstein, Eisenach.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bielefeld. Herabsetzung der Versorgungsgebühren.** Das Versorgungsamt Bielefeld schreibt uns: „Durch die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, zweiter Teil, Kapitel IV, vom 5. Juni 1931 (Reichsgesetzblatt I, Seite 279) sind die Gebührnisse der Versorgungsberechtigten allgemein **mit Wirkung vom 1. Juli 1931 (Zahlung Ende Juni 1931) herabgesetzt worden.** Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen, denen eine Rente für Erwerbsunfähigkeit (100 Prozent) zuerkannt ist.

Aus Anlaß der Umrechnung gehen den Versorgungsberechtigten Bescheide oder Benachrichtigungen nicht zu."

Quittung.

Für Heimathaus und Heimathilfe gingen weiterhin ein:

Für Heimathaus: F. W. C. Pf. in O.-M. 5,—; A. H. in N. 5,—; Frau Superint. J. in B.-B. 5,—; E. J. in St. 5,—; F. W. R. in R. 5,—; Schw. E. K. in B. 10,—; Frau K. in B. 2,—; O. W. D. Pf. in W. 5,—; Dr. O. H. in B. 5,—; Past. P. in L. P. O. L. Ostafr. 5,—; Frau P. St. in Bad O. 5,—; H. L. in K. 4,—; M. R. in M.-S. 5,—; Prof. R. K. in O. 20,—; Molkereibes. A. Sch. in G. 5,—; A. F. in H. 10,—; Frau Rittm. E. W. in N. 3,—.

Für Heimathilfe: E. P. in B. 10,—; C. W. E. in B.-B. 5,—; Pf. G. in Z. 15,—; H. M. in G. 4,— Mtglb.; Frl. N. in St. 5,—; Schw. B. W. in M. 3,—; O. A. in M. 10,—; J. W. in K. 10,—; Hosp. d. evgl. Vereinsh. in St. 12,60; Th. H. Sohn in St. 5,20; R. K. in St. 3,70; M. N. in W. 5,—; Schw. A. M. in B.-B. 168,90; Frl. Dr. med. v. T. in W. 5,—; T. R. in K. 5,—; S. B. in St. 10,—; Kreiskommunalk. in L. 50,—; Frau Geheimrat Sch. in S. 300; Th. F. in W. 5,—; H. F. in W. 5,—; Schw. C. K. in G. 5,—; P. S. C. in K. 5,—; E. K. in E. 10,— RM; ferner Frau C. Ch in E. Dänemark 10,— dän. Kronen; O. N. in O 2,—.

Allen lieben Heimathelfern danken aufs Beste

Bethel und Dünne, den 24. 6. 31.

F. und G. v. Bodelschwingh.

Postscheckkonto G. v. B. Hannover Nr. 48273.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Jeden Montag 8¼ Uhr **Männerchor** in „Ephrata".

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Die Predigt im Hospital

von H. E. **Hamilton King** 0.60 Mk.

Eine herrliche Dichtung aus einer gottbegeisterten und gottbegnadeten Seele heraus mit Meisterhand geschrieben. Ein wahres Schatzkästlein an reichen, geistvollen Gedanken und Trostworten!

Verlag C. Ludwig Ungelenk, Dresden-A. 27.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des **Aufwärts.**

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.
*) Nichtzutreffendes streichen.

Kurheim Uhlenhorst

Malente Gremsmühlen Holsteinische Schweiz, bietet sich Juni und September für Freizeiten an. Ernst christl. Haus. Die Leitung.

Es finden einige

Ruhe- und Erholungsbedürftige

liebevolle, gute Aufnahme und Verpflegung. Einf., saub., sonniges Haus. Beste frische und tiefgekühlte Milch jederzeit. Auf Wunsch Diät. Aeußerst preiswert.

Landw. Schröder, Wöhren, Post Blomberg (Lippe).



Haus Friedrich

Christliches Erholungsheim

nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer

August Friedrich und Frau

Telefon 34. — Prospekte frei.

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension v. 5 Mk. an. Reichsgottesarbeiter erh. Ermäßig.

H. Spiekermann, Karlstr. 51 p.

Alleinstehende, gebildete, ältere

Kraft

perfekt im Kochen, zur Zeit im Großbetrieb, sucht **selbständigen,** ruhigen Posten. Offerten an die Geschäftsstelle d. Bl. unt. A 1669.

Suche

für strebsam., intellig., jg. Mann, 23 J., mit bess. Schulbildg., gel. Schlosser, im Bes. des F.-Sch. d. Kl. II u. IIIb,

Stellung

Gefl. Angeb. erbeten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A 1685.

Bilanzsicherer

Buchhalter

verantwortungsbewußte u. durchaus vertrauenswürd. erste Kraft mit gründlicher Durchbildung u. langj. prakt. Erfahrungen im Buchhaltungswesen, 34 J., verh., sucht

Vertrauensstellung

Ia Referenzen u. Zeugn. stehen zur Verfügung. Angeb. unter A. 1667 an d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Sommerfrische Herrnhut i. Sa.

Anfragen an **Paul Weiler, Herrnhut**

Wählen Sie für Küche und Büro eine

elektrische Uhr

sie bedarf keiner Wartung. In allen Fabrikaten erhältlich bei

H. Breder, Uhrmacher

Fernruf 1012 BIELEFELD Gütersloher Str. 14

Suche für ein 21jähr., freundliches, zuverlässiges, christliches jung. Mädchen, welches im Kochen und allen Haus- und Gartenarbeiten erfahren ist,

Stellung

Antritt kann jederzeit erfolgen, Dauerstellung wird bevorzugt. Angebote unter A 1683 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, **die in geistiger Not sind,** finden freundliche Aufnahme zu mäßig. Preise im

Erholungsheim Haus Friedensruh

in **Laufen/Eyach, O/A Balingen** (Württbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten **an die Leitung des Hauses.**

Qualitäts - Matratzen

in verschiedenen Füllungen wie

Roßhaar, Kapok, Ripengras mit Haarauflage, Ripengras

„Original Schlaraffia"

Polsterei Ordelheide, Bielefeld

Kreuz Str. 45